

Der Aufstand der Konservativen

Von Heribert Prantl

Die Kampagne gegen Fischer, Trittin und andere ist mehr als eine Kampagne. Es handelt es sich um den Aufstand der konservativen Kreise der Republik gegen eine vermeintlich linke Regierung. Und es handelt sich zugleich um einen Aufstand gegen die Identität, die dieses Land nach 1968 gewonnen hat. Es handelt sich um ein Anrennen gegen den zivilisatorischen Prozess in diesem Land, gegen Liberalität und Toleranz.

Die Aufständischen von heute sind die, gegen die sich die Revolte der späten sechziger und frühen siebziger Jahre richtete. Die Aufständischen von heute werfen die Steine, die die Studenten gestern geworfen haben, gegen die Politiker von heute zurück. Man versucht, die alten Schlachten noch einmal zu schlagen, unter umgekehrtem Vorzeichen: Die Zeitungen etwa, die damals von den rebellierenden Studenten angegriffen wurden, gehören heute zu den Angreifern. Und diese Angreifer sind genauso unduldsam und unversöhnlich, wie sie es damals den revoltierenden Studenten (zu Recht) vorgeworfen haben. Die Kampagne arbeitet nicht mit Fakten, sondern mit Vermutungen und Verdächtigungen, die den Zweck haben, grüne Politiker zu ehemaligen Halb-Terroristen zu stempeln.

Es ist ein Indiz für die Schwäche der CDU, dass sie diese Kampagne mitschürt und ihr parlamentarische Weihen verleiht. Vor eineinhalb Jahren hätte die CDU das nicht gemacht. Damals hatte sie die Kraft, die Regierung auf dem Feld politischer Themen zu stellen. Sie brauchte nicht zu den Mitteln der Verleumdung zu greifen. Sie tut dies heute aus einem Gefühl der Unterlegenheit: Der Kohl-Skandal hat aus einer stolzen und selbstbewussten eine verwundete Partei gemacht – mit einer unsicheren Führungsspitze und der Neigung, wild um sich zu schlagen. Das CDU-Plakat, auf dem Kanzler Schröder wie auf Verbrecherfotos dargestellt wird, ist nur weiterer Ausdruck der Maßlosigkeit. Die CDU überschreitet die Grenzen, die im politischen Streit zulässig sind. Sie greift nicht eine bestimmte Politik scharf an, sondern sie personalisiert ihre Angriffe mit dem Mittel der Kriminalisierung. Natürlich darf, natürlich muss die Opposition die Regierung angreifen. Natürlich darf sie die Vergangenheit der Regierungspolitik zum Thema machen und diese über ihr Verhältnis zur Gewalt befragen. Sie darf aber nicht mit den Methoden der Gesinnungsschnüffelei einen neuen McCarthyismus kreieren. Das passt nicht zu den Prinzipien eines demokratischen Staates. Und es ist bedauerlich, wenn erst Heiner Geißler seine Partei darauf hinweisen muss, dass es nicht angeht, die steinewerfenden Studenten von damals mit den marodierenden rechtsextremen Gewalttätern von heute in einen Topf zu stecken. Auf die Unterschiede hinzuweisen, ist keine Verharmlosung von Gewalt, sondern notwendige Differenzierung. Bei den gewalttätigen Demonstrationen von damals gingen Schwache gegen eine viel stärkere Staatsmacht an. Das war falsch, das war ein Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol, das verdient keine Gloriolen – auch dann nicht, wenn die Ziele bisweilen ehrenhaft waren, wie im Kampf gegen das Spekulantentum im Frankfurter Westend. Der Zweck heiligt die Mittel eben nicht. Die Neonazis heute schlagen freilich als Starke gegen einzelne Schwache ein, ja sie machen Jagd auf sie, und sie tun es aus blindem Hass.

Wenn die CDU alles in eins rührt, dann mobilisiert sie damit die 150-prozentigen Anhänger, dann erntet sie stürmischen Beifall bei den Rechtskonservativen – bei denen also, für die „1968“ der Inbegriff von Libertinage und permissiver Gesellschaft ist. Die politische Mitte gewinnt die CDU damit nicht; sie stabilisiert allenfalls die bröckelnde alte Anhängerschaft der Grünen, die sich von ihrer Partei enttäuscht abgewendet hatte und die sich jetzt neu mit ihr solidarisiert. Und wenn den 68ern Permissivität vorgeworfen wird: Die Privatisierungspolitik der CDU auf dem Fernsehmarkt hat zu einer Permissivität schlimmsten Ausmaßes geführt. Die Geschlechtsverkehrs-Werbung, die allabendlich im Privatfernsehen geboten wird, haben nicht die 68er eingeführt. Die Union hat, so sagt sie, mit dem Privatfernsehen für mehr Meinungsvielfalt sorgen wollen. Die Vielfalt besteht aber vor allem in einer Vielfalt der Werbung für einschlägige Sex-Telefonnummern. Hier fände ein Aufstand der Konservativen ein lohnendes Ziel.

Rachsucht steht einer Partei mit dem „C“ im Namen schlecht an. Wenn die Kampagne gegen grüne Politiker so wie begonnen fortgeführt wird, dann wird Rezzo Schlauch demnächst mit dem Gestus der Enthüllung vorgehalten werden, dass er den Sohn von Gudrun Ensslin als Büroleiter beschäftigt. Und Antje Vollmer wird unter Anklage gestellt werden, weil sie der Ex-Terroristin Astrid Proll wieder zu einer bürgerlichen Existenz verholfen hat. Oder es wird ihr angekreidet werden, dass sie, zusammen mit dem FDP-Justizminister Klaus Kinkel, einen neuen Umgang des strafenden Staates mit ehemaligen RAF-Terroristen eingeleitet hat – „Versöhnungsinitiative“ hieß das damals. Ein solches Wort wäre heute schon Beleg für Sympathisantentum.

Eine christdemokratische Partei, die eine solche Kampagne führt, verrät ihre eigenen Ideale.